



Az. 609-18-64-Reverse Flow Deutschland/Tschechien, Ausnahmeanträge zur Schaffung permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten am Grenzübergangspunkt „Deutschneudorf EUGAL“

Entscheidung

In dem Verwaltungsverfahren

wegen: Ausnahme von der Verpflichtung zur Schaffung permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten auf allen Verbindungsleitungen zwischen Mitgliedstaaten gemäß Art. 5 Abs. 4 Satz 1 lit. b der Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010 (im Folgenden “SoS-Verordnung“)

gegenüber der

Fluxys Deutschland GmbH,

vertreten durch die Geschäftsführung Carlo van Eysendyck, Arno Bux und Friedrich Rosenstock,
Elisabethstraße 11, D-40217 Düsseldorf

Gasunie Deutschland Transport Services GmbH,

vertreten durch die Geschäftsführung Jens Schumann und Paul van der Laan,
Pasteurallee 1, D-30655 Hannover

Ontras Gastransport GmbH,

vertreten durch die Geschäftsführung Ralph Bahke und Uwe Ringel,
Maximilianallee 4, D-04129 Leipzig

Gascade Gastransport GmbH,

vertreten durch die Geschäftsführung Dr. Christoph von dem Bussche und Dr. Igor Uspenskiy,
Kölnische Straße 108-112, D-34119 Kassel

im Folgenden: die Antragsteller

...

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

am 05. Februar 2020

nach § 54a Abs. 2 S. 1 Nr. 2 des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz, im Folgenden "EnWG") i. V. m. Art. 5 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. Anhang III Nr. 4 SoS-Verordnung wie folgt entschieden:

1. Dem Antrag auf Ausnahme von der Verpflichtung zur Schaffung permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten am Grenzübergangspunkt „Deutschneudorf-EUGAL“ wird stattgegeben. Die Ausnahme gilt für den Zeitraum von vier Jahren ab dem Datum dieser Entscheidung.
2. Eine Kostenentscheidung ergeht in einem gesonderten Bescheid.

Gründe

I. Sachverhalt

Das vorliegende Verwaltungsverfahren betrifft den Antrag auf Gewährung einer Ausnahme von der Verpflichtung zur Schaffung permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten am Grenzübergangspunkt „Deutschneudorf-EUGAL“ gemäß Art. 5 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. Anhang III Nr. 2 SoS-Verordnung.

Die Antragsteller, die Fernleitungsnetzbetreiber Gascade Gastransport GmbH, Fluxys Deutschland GmbH, Gasunie Deutschland Transport Services GmbH und Ontras Gastransport GmbH sind Bruchteilseigentümer des Pipelineprojekts EUGAL, zu dem der Grenzübergangspunkt „Deutschneudorf EUGAL“ an der deutsch-tschechischen Grenze zählt. Nach der zugrundeliegenden Vereinbarung über das Bruchteilseigentum liegen 50,5% der Anteile bei Gascade Gastransport GmbH. Dieser Fernleitungsnetzbetreiber ist Projektträger und wird sowohl den Bau als auch den späteren Betrieb der EUGAL durchführen. Fluxys Deutschland GmbH, Gasunie Deutschland Transport Services GmbH und Ontras Gastransport GmbH haben jeweils 16,5% der Anteile am Projekt und der zukünftigen Leitung.

Mit Schreiben vom 08. April 2019 hat die Gascade Gastransport GmbH die Bundesnetzagentur darüber informiert, dass ihr von den drei übrigen Anteilseignern der EUGAL eine bis Ende 2019 befristete Vollmacht für das Antragsverfahren nach Art. 5 Abs. 4 Satz 1 lit. b SoS-Verordnung erteilt wurde. Diese Vollmacht wurde mit Schreiben vom 09. Januar 2020 bis zum 31.12.2020 verlängert. Mit Schreiben vom 16. Mai 2019 hat die Bundesnetzagentur die Gascade Gastransport GmbH mit Frist zum 28. Juni 2019 aufgefordert, einen vollständigen Antrag einzureichen. Im Folgenden wurden der Gascade Gastransport GmbH auf Antrag zwei Fristverlängerungen gewährt, zunächst zum 12. Juli 2019, letztmalig zum 26. Juli 2019. Am 26. Juli 2019 wurde ein entsprechender Antrag bei der Bundesnetzagentur eingereicht.

Vor Einreichung des Antrages führte die Gascade Gastransport GmbH, in eigener Sache und stellvertretend für die übrigen Antragsteller, eine Konsultation aller potentiell betroffenen Fernleitungsnetzbetreiber durch, wie sie gemäß Anhang III Nr. 2 Satz 1 SoS-Verordnung gefordert wird. Um diesen die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben, wurde am 03. Juli 2019 auf der Homepage der Gascade Gastransport GmbH¹ angekündigt, dass alle EUGAL-Bruchteilseigentümer einen entsprechenden Ausnahmeantrag von der Verpflichtung zur Schaffung permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten für den Grenzübergangspunkt „Deutschneudorf-EUGAL“ bei der Bundesnetzagentur einreichen werden. Flankiert wurde diese Veröffentlichung mit einer entsprechenden Pressemitteilung. Bis zum 10. Juli 2019 konnten Stellungnahmen hierzu eingereicht werden. Nach Durchführung der Konsultation reichte die

¹ <https://www.gascade.de/nc/presse/presseinformationen/pressemitteilung/news/konsultation-bidirektionale-kapazitaeten-am-grenzuebergangspunkt-deutschneudorf-eugal/> (Stand 10.12.2019).

Gascade Gastransport GmbH am 26. Juli 2019 einen entsprechenden Antrag bei der Bundesnetzagentur ein.

Von der Möglichkeit zur Stellungnahme hat nur der polnische Fernleitungsnetzbetreiber Gaz-System S.A. Gebrauch gemacht und am 10. Juli 2019 eine Stellungnahme bei der Gascade Gastransport GmbH eingereicht, die der Bundesnetzagentur im Rahmen der Antragstellung als Anlage vorgelegt wurde. Darin spricht sich die Gaz-System S.A. gegen eine Gewährung der begehrten Ausnahme aus. Nach Art. 28 der Präambel der SoS-Verordnung bestehe das übergeordnete Ziel der SoS-Verordnung darin, dass mehr bidirektionale Kapazitäten verfügbar sind und grenzüberschreitende Vorhaben mit Kapazitäten für Gasflüsse in nur eine Richtung in Zukunft auf ein Minimum beschränkt werden. Darüber hinaus solle der Nutzen, der sich aus der Ermöglichung permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten für die Versorgungssicherheit ergibt, aus einer breiteren Perspektive, im Geiste der Solidarität und einer verstärkten Zusammenarbeit gesehen werden. Dadurch sieht Gaz-System S.A. das Erfordernis, bei der Auswertung der Kosten-Nutzen-Analyse nicht nur die Bedürfnisse der unmittelbar betroffenen Mitgliedstaaten zu betrachten, sondern des gesamten Transportkorridors. Eine Ausnahme würde nach Einschätzung der Gaz-System S.A. die derzeitige unterschiedliche Handelsliquidität zwischen den westeuropäischen Handelsmärkten über die Energiebörse European Energy Exchange (EEX) einerseits und Zentral- und Osteuropa andererseits beibehalten. Einen weiteren wesentlichen Grund für die Ablehnung einer Ausnahme sieht Gaz-System S.A. in einer allgemeinen Verschlechterung der Gasversorgungssicherheit für die gesamte Region, Polen miteingeschlossen. Sollte der Gasfluss durch die Fernleitung „Jamal“ von Russland durch Polen nach Deutschland unterbrochen werden und in Norddeutschland der Versorgungsnotfall eintreten, könnten mit einem Transportkorridor via der neuen Verbindungsleitung EUGAL fehlende Erdgasmengen über die Verbindungsleitung der Ontras Gastransport GmbH ins Netz der polnischen Gaz-System S.A. geleitet werden. Es wird weiterhin darauf hingewiesen, dass die Gascade Gastransport GmbH im Planfeststellungsverfahren für die Verbindungsleitung EUGAL bei dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe in Brandenburg selber mit einer Verbesserung der Versorgungssicherheit argumentiert habe. Abschließend vertritt Gaz-System S.A. die Auffassung, dass Kosten für die Schaffung von bidirektionalen Kapazitäten nur dann eine Ausnahme rechtfertigten, wenn sie signifikant den voraussichtlichen Nutzen übersteigen.

In ihrem Antrag vertreten die Antragsteller demgegenüber die Auffassung, dass durch die Reversierung an dem Grenzübergangspunkt „Deutschneudorf EUGAL“ einerseits in keinem Mitgliedstaat bzw. in keiner Region die Versorgungssicherheit erheblich verbessert würde und andererseits die Kosten der Investition den zu erwartenden Nutzen für die Versorgungssicherheit deutlich überwiegen würden.

Der Ausnahmeantrag der Antragsteller wurde gemäß Anhang III Nr. 3 SoS-Verordnung am 05. August 2019 an die EU Kommission, die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER), das tschechischen Ministerium für Wirtschaft und Handel (MPO) so-

wie die tschechische Energieregulierungsbehörde (ERU) per E-Mail mit der Bitte um Stellungnahme innerhalb von vier Monaten weitergeleitet.

Das tschechische Ministerium für Industrie und Handel hat am 10. September 2019 zunächst die eigene Rechtsauffassung zur Notwendigkeit einer Antragstellung nach Art. 5 Abs. 4 i. V. m. Anhang III Nr. 2 SoS-Verordnung dargelegt. Demnach bestehe am fraglichen Grenzübergangspunkt schon keine Verpflichtung dazu, permanente physische bidirektionale Kapazitäten zu schaffen, weshalb ein Ausnahmeantrag nicht erforderlich sei. An der betreffenden Stelle querten mehrere Fernleitungen physisch die Grenze. Diese befänden sich in solcher räumlichen Nähe und seien sowohl auf deutscher als auch tschechischer Seite gastechnisch so miteinander verknüpft, dass sie in der Gesamtschau wie eine einzige Leitung gesehen werden könnten. Durch diese Situation seien, insgesamt betrachtet, auch ausreichende Kapazitäten in Flussrichtung nach Deutschland gegeben. Diese Rechtsauffassung wurde auch dem betroffenen tschechischen Fernleitungsnetzbetreiber NET4GAS mitgeteilt. Diese Interpretation der SoS-Verordnung wurde der Bundesnetzagentur nach einer ersten Kontaktaufnahme bereits am 18. Juni 2019 schriftlich mitgeteilt. Sollte die Bundesnetzagentur eine andere Auffassung vertreten und auf Antrag ein Ausnahmeverfahren durchführen, hat das zuständige tschechische Ministerium indes zugesagt, sich an einer koordinierten Entscheidung nach Anhang III Nr. 5 SoS-Verordnung zu beteiligen. Weitere Stellungnahmen sind nicht eingegangen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt des Antrags Bezug genommen.

II. Entscheidungsgründe

Den Antragstellern ist die begehrte Ausnahmen von der Verpflichtung zur Schaffung permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten am Grenzübergangspunkt „Deutschneudorf-EUGAL“ zu gewähren. Die Ausnahme gilt für den Zeitraum von vier Jahren ab dem Datum dieser Entscheidung.

1. Formelle Rechtmäßigkeit der Entscheidung

1.1 Zuständigkeit

Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die vorliegende Entscheidung ergibt sich aus § 54a Abs. 2 S. 1 Nr. 2 EnWG i. V. m. Anhang III Nr. 1 SoS-Verordnung. Die Zuständigkeit der Abteilung für Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Ausbau bidirektionaler Gasflüsse ergibt sich aus § 59 Abs. 1 S. 2 Nr. 12 EnWG.

1.2 Verfahren

Die Fernleitungsnetzbetreiber sind gemäß Art. 5 Abs. 4 Satz 1 SoS-Verordnung dazu verpflichtet, die Schaffung permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten an allen Verbindungsleitungen zwischen Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Sie haben die Möglichkeit, gemäß Art. 5 Abs. 4 Satz 1 lit. b SoS-Verordnung i. V. m. Anhang III Nr. 2 lit. b SoS-Verordnung eine Ausnahme von der Verpflichtung zur Schaffung bidirektionaler Kapazitäten bei der zuständigen Behörde zu beantragen.

Nach Anhang III Nr. 3 SoS-Verordnung konsultieren die zuständigen Behörden zu dem Ersuchen um eine Ausnahme unverzüglich die zuständigen Behörden des Mitgliedstaates, dem die Kapazitäten für den Umkehrfluss entsprechend der Risikobewertung nach Artikel 7 SoS-Verordnung zugutekommen könnten, die nationalen Regulierungsbehörden dieser Mitgliedstaaten, sofern es sich nicht um die zuständigen Behörden handelt, die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) und die EU Kommission. Die Bundesnetzagentur ist dieser Vorgabe am 05. August 2019 durch Weiterleitung des Ausnahmeantrages an die EU Kommission, die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER), das tschechische Ministerium für Wirtschaft und Handel (MPO) sowie die tschechische Energieregulierungsbehörde (ERU) nachgekommen. Die Ermittlung und Konsultation weiterer potentiell betroffener Mitgliedstaaten, denen die zusätzliche Kapazität zugutekommen könnte, war nicht angezeigt, da sich aus der zugrunde zu legenden aktuellen Risikobewertung aus dem Jahr 2018 ein „Zugutekommen“ i. S. d. Vorschrift für weitere Mitgliedstaaten nicht ergibt. Die Auswertung verschiedener Ausfallszenarien der deutschen Risikobewertung von 2018 durch die Bundesnetzagentur hat ergeben, dass die Betrachtung einer zusätzlichen Einspeisung an der deutsch-tschechischen Grenze (Flussrichtung nach Deutschland) nicht für erforderlich gehalten wurde. Ein Bedarf an weiteren Kapazitäten für den Umkehrfluss und ein möglicher Vorteil daraus, beispielsweise für Polen, ergibt sich aus der Risikobewertung damit nicht.

1.3 Adressaten der Entscheidung

Das Verfahren richtet sich gemäß Art. 5 Abs. 4 SoS-Verordnung an die Betreiber von Fernleitungsnetzen. Die Antragsteller sind Fernleitungsnetzbetreiber im Sinne der – auch im Rahmen der SoS-Verordnung heranzuziehenden – Legaldefinition des § 3 Nr. 5 EnWG.

2. Materielle Rechtmäßigkeit der Entscheidung

Die Voraussetzungen für die Gewährung der von den Antragstellern begehrten Ausnahme von der Verpflichtung zur Schaffung permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten nach Art. 5 Abs. 4 Satz 1 lit. b SoS-Verordnung liegen am Grenzübergangspunkt „Deutschneudorf-EUGAL“ vor.

Die Antragsteller haben anhand der vorgelegten Kosten-Nutzen-Analyse sachgerecht und nachvollziehbar dargelegt, dass durch die Kapazitäten für den Umkehrfluss in keinem betroffenen Mitgliedstaat die Gasversorgungssicherheit verbessert würde und die voraussichtlichen Kosten der Investitionen den zu vernachlässigenden Nutzen für die Gasversorgungssicherheit deutlich überwiegen würden, vgl. Anhang III Nr. 5 Satz 4 lit. b SoS-Verordnung.

Bei der Prüfung, ob die jeweiligen Voraussetzungen erfüllt sind, hat die Bundesnetzagentur gemäß Anhang III Nr. 5 SoS-Verordnung neben der Risikobewertung die Kriterien nach Art. 5 Abs. 5 SoS-Verordnung und die eingegangenen Stellungnahmen aus der Konsultation nach Anhang III Nr. 3 SoS-Verordnung zu Grunde zu legen. Auch die Aspekte der Gasversorgungssicherheit und der Beitrag zum Gasbinnenmarkt sind zu berücksichtigen.

2.1 Kosten-Nutzen-Analyse

Dem Antrag war die erforderliche Kosten-Nutzen-Analyse beigelegt. Diese enthielt die gemäß Art. 5 Abs. 5 SoS-Verordnung erforderliche Bewertung der Marktnachfrage, Prognosen für Nachfrage und Angebot, mögliche wirtschaftliche Auswirkungen auf die bestehende Infrastruktur, die Kosten der bidirektionalen Kapazitäten, einschließlich der notwendigen Verstärkung der Fernleitungsnetzes und der Vorteile für die Gasversorgungssicherheit, wobei der mögliche Beitrag der bidirektionalen Kapazitäten zur Erfüllung des Infrastrukturstandards nach Art. 5 SoS-Verordnung zu berücksichtigen ist. Die Bundesnetzagentur hat auf die Vorlage einer umfassenden Durchführbarkeitsstudie verzichtet; zu den Gründen s. unten, Abschnitt 2.5 dieser Entscheidung.

2.2 Bewertung der Marktnachfrage

Die Antragsteller führen in ihrer Bewertung der Marktnachfrage sachgerecht und nachvollziehbar aus, dass es in der relevanten Region auf Seiten der Transportkunden keine Notwendigkeit für zusätzliche Kapazitäten gibt. So war in den letzten vier Jahren auf der europäischen Plattform zur Buchung von Gastransportkapazitäten PRISMA keine Nachfrage für Jahreskapazitäten und

nur vereinzelte kleinere Buchungen bei den Kapazitätsprodukten mit kürzerer Laufzeit (Quartale, Monate, Tag, untertägig) von Tschechien nach Deutschland zu verzeichnen. Die betreffenden Daten sind auf der Homepage von PRISMA abrufbar².

Die Antragsteller haben zudem relevante Analysen der Marktnachfrage herangezogen, die die europäischen Fernleitungsnetzbetreiber im Rahmen des More Capacity-Verfahrens³ (2015) sowie des Incremental Capacity-Verfahrens⁴ (2017 bis 2019) zu erstellen hatten, um vorliegend die Marktnachfrage zu untersuchen. In diesen Verfahren hatten alle Netznutzer die Möglichkeit, unverbindliche Nachfragen für zusätzliche Kapazitäten an den Marktgebietsübergangspunkten abzugeben. Die Antragsteller weisen diesbezüglich zutreffend darauf hin, dass keine dieser Bedarfsanalysen ergab, dass die aktuelle Transportkapazität an der betreffenden Marktraumgrenze unzureichend ist. Dementsprechend haben die Fernleitungsnetzbetreiber der Bundesnetzagentur im Incremental Capacity-Verfahren, Zyklus 2017 bis 2019, auch keinen Projektvorschlag für die betreffende Marktraumgrenze vorgelegt. Gleiches gilt für den neuen Zyklus von 2019 bis 2021, der mit der Jahresauktion am 01. Juli 2019 startete. Damit waren unverbindliche Nachfragen von Netznutzern für neu zu schaffende Kapazität auch an der Marktraumgrenze von Gaspool zu Tschechien abermals möglich, blieben aber aus. Dementsprechend wird von den Fernleitungsnetzbetreibern hier auch kein Projektvorschlag erarbeitet und der Bundesnetzagentur vorgelegt werden.

Überdies stehen aus Sicht der Bundesnetzagentur ausreichend ungenutzte Einspeisekapazitäten von Tschechien nach Deutschland zur Verfügung. Zunächst ist festzustellen, dass die aktuell vorhandenen Kapazitäten ausreichend sind und genutzt werden können, um Polen über den Grenzübergangspunkt „Mallnow“ auf fester Basis zu versorgen. Die Antragsteller weisen insoweit zutreffend darauf hin, dass von Januar 2020 bis September 2021 am „VIP Brandov-Gaspool“ noch mindestens 7 GWh/h nicht gebuchte feste, freie zuordenbare Einspeisekapazitäten vorhanden sind.⁵ Weitere 5,7 GWh/h sind darüber hinaus als dynamisch zuordenbare Kapazitäten ausgewiesen. Diese Werte werden von der Bundesnetzagentur bestätigt. Zudem wird es möglich sein, die zusätzlichen Kapazitäten der Fernleitung „Stork II“ im Jahr der Inbetriebnahme (geplant 31.12.2022) zu nutzen, die nach dem Projects of Common Interest (PCI)-Bericht⁶ und dem Ten Year Network Development Plan (TYNDP)⁷ über eine Kapazität von 6,383 GWh/h verfügen wird. Diese zusätzlichen Kapazitäten der Fernleitung „Stork II“ können auch über einen anderen Weg von Tschechien nach Deutschland gelangen: am „VIP Waidhaus Entry“ stehen

² <https://platform.prisma-capacity.eu>

³ Sog. Verfahren für neu zu schaffende Kapazität nach Art. 22 ff. der Verordnung (EU) 2017/459 der Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über Mechanismen für die Kapazitätszuweisung in Fernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 984/2013 (NC CAM); s. auch <https://www.more-capacity.eu/>

⁴ <https://www.fnb-gas-capacity.de/>

⁵ Abrufbar mittels Gascade Transparenztool, <https://tron.gascade.biz/>

⁶ http://ec.europa.eu/energy/maps/pci_fiches/pci_6_2_10_en_2017.pdf

⁷ <https://www.entsog.eu/tyndp#>

genügend Kapazitäten bereit, um ebenso einen Übergang in das deutsche Marktgebiet Net-Connect Germany zu ermöglichen.

2.3 Prognosen für Nachfrage und Angebot

Für die Nachfrage- und Angebotsprognosen können sich die Antragsteller auch auf die Aussagen des Szenariorahmens zum deutschen Netzentwicklungsplan Gas (im Folgenden: NEP) stützen. Gemäß § 15a EnWG müssen die deutschen Fernleitungsnetzbetreiber alle zwei Jahre einen nationalen NEP erstellen. Dieser Plan muss alle wirksamen Maßnahmen zur bedarfsgerechten Optimierung, Verstärkung und zum bedarfsgerechten Ausbau des Netzes zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit enthalten, die in den nächsten zehn Jahren netztechnisch für einen sicheren und zuverlässigen Netzbetrieb erforderlich sind. Dazu erarbeiten die Fernleitungsnetzbetreiber einen entsprechenden Szenariorahmen, um angemessene Annahmen über die Entwicklung der Gewinnung, der Versorgung, des Verbrauchs von Gas und seinem Austausch mit anderen Ländern zugrunde legen zu können. Dabei berücksichtigen sie geplante Investitionsvorhaben in die regionale und gemeinschaftsweite Netzinfrastuktur sowie in Bezug auf Speicheranlagen und LNG-Anlagen sowie die Auswirkungen denkbarer Störungen der Versorgung. Die Bundesnetzagentur hat am 05. Dezember 2019 den aktuellen Szenariorahmen für den Netzentwicklungsplan 2020-2030 bestätigt.⁸ Danach liegt nach der aktuellen Marktsituation wie auch den langfristigen Prognosen kein Bedarf für einen Kapazitätsausbau von Tschechien in das deutsche Marktgebiet Gaspool vor. Dies gilt auch konkret für den Grenzübergangspunkt „Deutschneudorf-EUGAL“ in Einspeiserichtung nach Deutschland. Auch der TYNDP, der von dem Verband Europäischer Fernleitungsnetzbetreiber für Gas (ENTSOG) erstellt wird, identifiziert keinen Bedarf für zusätzliche Kapazitäten von Tschechien nach Deutschland.⁹

2.4 Mögliche wirtschaftliche Auswirkungen auf die bestehende Infrastruktur

Die Antragsteller haben ferner hinreichend und nachvollziehbar die möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Ertüchtigung des Grenzübergangspunktes „Deutschneudorf-EUGAL“ durch die Schaffung permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten untersucht und dargestellt. Demnach wären die entstehenden Kosten für die Ertüchtigung des Grenzübergangspunktes „Deutschneudorf-EUGAL“ von den aktuellen Netznutzern zu tragen, da aufgrund der fehlenden Nachfrage (s. o., Abschnitte 2.2 und 2.3 dieser Entscheidung) mit aller Wahrscheinlichkeit keine kostendeckenden Kapazitätsbuchungen getätigt werden würden. Die Bundesnetzagentur teilt diese Annahme.

⁸

https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2019/20191204_NepGas2020.html?nn=265778

⁹ Vergleiche <https://www.entsog.eu/tyndp#>

2.5 Ergebnisse der Durchführbarkeitsstudie

Die Antragsteller konnten von der Erstellung einer umfassenden Durchführbarkeitsstudie für die Schaffung permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten am Grenzübergangspunkt „Deutschneudorf-EUGAL“ vorliegend absehen. Die Bundesnetzagentur hat auf die Vorlage einer umfassenden Durchführbarkeitsstudie verzichtet, da der Kosten- und Zeitaufwand für die Erstellung der Studie (einschließlich planungs- und umweltrechtlicher Untersuchungen) angesichts des mangelnden Bedarfs einer Reversierung unverhältnismäßig wäre. Die Antragsteller führen zutreffend aus, dass zur Schaffung permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten am Grenzübergangspunkt „Deutschneudorf-EUGAL“ die Errichtung eines zusätzlichen Verdichters erforderlich würde. Die Antragsteller haben dies, in Vorbereitung des vorliegenden Ausnahmeantrags, in einer technischen Untersuchung geprüft.

2.6 Kosten der bidirektionalen Kapazitäten

Die Antragsteller legen zudem eine plausible Schätzung der Kosten für die Schaffung permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten am Grenzübergangspunkt „Deutschneudorf EUGAL“ von tschechischer Seite in das deutsche Marktgebiet Gaspool zugrunde. Sie nehmen Kosten in Höhe von circa [REDACTED] Euro für die Errichtung einer entsprechenden Gasverdichterstation sowie für zusätzliche betriebliche Aufwendungen an. Diese erwarteten Kosten decken sich mit denen, die in den vergangenen Jahren im NEP für vergleichbare Maßnahmen angenommen wurden.

2.7 Vorteile für die Gasversorgungssicherheit

Zur Beurteilung möglicher Vorteile permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten am Grenzübergangspunkt „Deutschneudorf-EUGAL“ legen die Antragsteller zutreffend die Berechnungen des sog. Infrastrukturstandards nach Art. 5 SoS-Verordnung zugrunde. Danach soll jeder Mitgliedstaat die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, so dass bei Ausfall der größten einzelnen Gasinfrastruktur die technische Kapazität der verbleibenden Infrastruktur in der Lage ist, die Gasmengen zu liefern, die bei einer außerordentlich hohen Nachfrage nach Erdgas, wie sie mit statistischer Wahrscheinlichkeit einmal in 20 Jahren auftritt, erforderlich sind. Die genaue Berechnung der N-1 Formel wird von der Bundesnetzagentur anhand der Kriterien nach Anhang II SoS-Verordnung für die nationale Risikobewertung durchgeführt. In der aktuellen Fassung der nationalen Risikobewertung von 2018, die der EU Kommission vorliegt, kommt die Bundesnetzagentur zu dem Schluss, dass bei einem Ausfall des Grenzübergangspunkts „Mallnow“ nach Maßgabe der SoS-Verordnung in ausreichendem Maße Transportkapazitäten bereitstehen, um auch eine außerordentlich hohe Tagesnachfrage zu befriedigen. Das Ergebnis nach der Berechnungsmethode nach dem N-1 Standard liegt für den Grenzübergangspunkt „Mallnow“ bei

mindestens 198 Prozent und damit deutlich über den erforderlichen 100 Prozent.¹⁰ Somit sind weitere Einspeisekapazitäten an der deutsch-tschechischen Grenze nicht erforderlich und werden in der nationalen Risikobewertung dementsprechend nicht identifiziert.

Darüber hinaus konnten sich die Antragsteller auf die Ergebnisse der gemeinsamen Risikobewertung nach Art. 7 Abs. 2 SoS-Verordnung der Risikogruppe Gasversorgung Ost, Belarus, stützen, die von Polen geleitet wurde¹¹ und der gem. Anhang I Nr. 1 lit. b SoS-Verordnung neben anderen Mitgliedstaaten auch Deutschland und Tschechien angehören. In allen zehn Szenarien, die für die Beurteilung der Versorgungssicherheit der Region zusammengestellt wurden, wird festgestellt, dass keine Nutzung von signifikanten Kapazitäten von Tschechien nach Deutschland notwendig ist.¹² Ferner wird festgestellt, dass auch die Kapazitäten zwischen Deutschland und Polen in jedem der zehn Szenarien nicht vollständig genutzt werden. Insgesamt ergibt die Berechnung nach dem N-1 Standard in der relevanten Subregion „Mitte-West“, dem ein Ausfall des Einspeisepunktes „Kondratki“ von Weißrussland nach Polen zu Grunde liegt, einen Wert zwischen ■■■ (Ausspeicherleistung bei 30 Prozent) und ■■■ Prozent (Ausspeicherleistung bei 100 Prozent), der damit ebenfalls deutlich über den erforderlichen 100 Prozent liegt. Selbst in den „Worst-Case“ Szenarien, ■■■■

■, kommen die Mitgliedstaaten der gemeinsamen Risikogruppe Belarus zu dem Ergebnis, dass konkret auch Polen mithilfe der eigenen Erdgasspeicher mögliche Versorgungsengpässe vermeiden kann.¹³ Die Bundesnetzagentur hat schließlich auch berücksichtigt, dass bei den Berechnungen der gemeinsamen Risikobewertung Belarus noch nicht die ab dem Jahr 2021 geplante Erweiterung der festen Ausspeisekapazitäten von Deutschland Richtung Polen von 6,1 GWh/h auf 13,8 GWh/h eingerechnet wurde.¹⁴ Es ist daher festzuhalten, dass bereits jetzt in Polen ein hoher Versorgungsstandard erreicht wird und das Ausbleiben einer weiteren Einspeisemöglichkeit von Tschechien nach Deutschland zu keiner Verschlechterung der polnischen Gasversorgungslage führt.

Letztlich wäre in vorliegender Sache selbst dann nicht anders durch die Bundesnetzagentur zu entscheiden, wenn tatsächlich permanente physische bidirektionale Kapazitäten von Tschechien nach Deutschland benötigt würden, um die Versorgungssicherheit zu verbessern. Denn eine Ertüchtigung des betreffenden Grenzübergangspunkts „Deutschneudorf-EUGAL“ wäre auch dann nicht zwingend erforderlich. Die Antragsteller weisen insoweit zu Recht darauf hin, dass

¹⁰ Eine nähere Beschreibung der angewendeten Berechnung für die deutsche Infrastruktur findet sich in dem vom BMWi veröffentlichten Präventionsplan, S. 5, abrufbar unter <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/P-R/praeventionsplan-gas-fuer-die-bundesrepublik-deutschland.html>

¹¹ Nr. 16 der "Cooperation mechanism within the Belarus Gas Supply Risk Group" vom 23. November 2017. Die Vereinbarung liegt der EU Kommission vor und ist nicht veröffentlicht.

¹² Der Bericht liegt der EU Kommission vor und ist nicht veröffentlicht.

¹³ Die gemeinsame Risikobewertung der Risikogruppe „Belarus“ liegt der EU Kommission vor und ist nicht veröffentlicht.

¹⁴ Vergleiche <https://www.nep-gas-datenbank.de>

der Grenzübergangspunkt „Deutschneudorf-EUGAL“ zum VIP zwischen dem deutschen Marktgebiet Gaspool und Tschechien gehört. Innerhalb des VIP ist es mittels der existierenden Grenzübergangspunkte „Brandov-STEAL“ sowie „Deutschneudorf“ bereits jetzt möglich, permanente und buchbare bidirektionale Einspeisekapazitäten von Tschechien nach Deutschland zu nutzen. Damit verfügt die schon bestehende Infrastruktur über die technischen Voraussetzungen, um im Falle einer Störung in einem Mitgliedstaat die benötigten Gasflüsse bereitzustellen. Ein Vorteil für die Gasversorgungssicherheit durch zusätzliche permanente physische bidirektionale Kapazitäten von Tschechien nach Deutschland ist daher nicht feststellbar.

Im Übrigen führt die hiermit gewährte Ausnahme von der von der Verpflichtung zur Schaffung permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten am Grenzübergangspunkt „Deutschneudorf-EUGAL“ auch zu keiner weiteren Verschlechterung bzw. einer Festschreibung der aktuell ungünstigen Handelsliquidität. Die Argumentation der Gaz-System S.A., wonach durch eine Ausnahme die derzeit unterschiedliche Handelsliquidität zwischen den westeuropäischen Handelsmärkten über die EEX einerseits und Zentral- und Osteuropa andererseits beibehalten werde, trägt nicht. Sie lässt außer Acht, dass die Gasinfrastruktur wie dargelegt keine kapazitiven Engpässe aufweist, wodurch Energiehändler davon abgehalten werden könnten, Handelskontrakte mit einer physischen Erfüllung vorzunehmen. Die übrigen Handelskontrakte, die eine physische Erfüllung nicht vorsehen, sind davon ohnehin ausgenommen. Hier kommt es auf keinerlei freie Kapazitäten oder Gasinfrastrukturen an. Gerade solche Handelsgeschäfte generieren aber eine signifikante Steigerung der Handelsliquidität. Die liquidesten Handelsmärkte in Europa zeichnen sich neben anderen Faktoren wie etwa der Anzahl der registrierten und aktiven Handelsteilnehmer insbesondere durch eine hohe Churn-Rate aus.¹⁵

2.8 Dauer der Ausnahme

Die begehrte Ausnahme wird für den Zeitraum von vier Jahren ab dem Datum der vorliegenden Entscheidung gewährt. Die Ausnahme von der Verpflichtung zur Schaffung permanenter physischer bidirektionaler Kapazitäten ist durch die Regulierungsbehörde zu befristen und kann für einen Zeitraum von maximal vier Jahren gewährt werden, Anhang III Nr. 5 Satz 5 lit. b SoS-Verordnung. Die Bundesnetzagentur hat hier von ihrem Ermessen pflichtgemäß Gebrauch gemacht und den möglichen Zeitrahmen ausgeschöpft. Dafür sprachen vor allem die Erwägungen unter 2.2 und 2.3 dieser Entscheidung, wonach sich bisher keine Nachfrage nach weiteren Kapazitäten bzw. einer Reversierung am betreffenden Grenzübergangspunkt gezeigt hat und nach Einschätzung der Bundesnetzagentur auch kurz- und mittelfristig nicht einstellen wird. Der revolutionierende Prozess der *Incremental Capacity*-Verfahren und der Bedarfsplanung für das Fernleitungsnetz bedingt ein ständiges Monitoring insbesondere von Aspekten der Versorgungssicherheit im europäischen Verbund und des notwendigen Ausbaus durch die Bundesnetzagentur und

¹⁵ Die sogenannte „Churn-Rate“ gibt das Verhältnis von gehandelter zu physisch gelieferter Gasmenge wieder.

lässt, soweit geboten, eine andere Bewertung durch die Bundesnetzagentur nach Zeitablauf dieser Ausnahmegenehmigung zu.

V. Weiterleitung der Entscheidung

Die Bundesnetzagentur leitet diese Entscheidung über Ihren Ausnahmeantrag gemäß Anhang III Nr. 6 SoS-Verordnung der EU Kommission sowie der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) weiter.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann binnen einer Frist von einem Monat ab Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht. Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten.

Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Im Auftrag

Yvonne Grösch
(Referatsleitung 609)